

Interessengemeinschaft Fernwärme Schwalbach

Chronik 2009 bis 2019

2009

Der in Schwalbach verlangte Fernwärmepreis ist in vielen Fällen doppelt so hoch wie bei anderen Fernwärmeversorgern in der Region. Im November gründet sich die Interessengemeinschaft (IG) Fernwärme. Die darin verbundenen Fernwärmekunden werden von dem renommierten Fachanwalt Rechtsanwalt Ploghaus vertreten. Sie lassen auf der Basis des von Wi-Tech-Wi entwickelten Rechenmodells ihre Fernwärmeabrechnungen überprüfen und neu berechnen. Grundlage für die Neuberechnung ist der durchschnittliche Wettbewerbspreis anderer Fernwärmeanbieter.

2010

Rechtsanwalt Ploghaus stellt bei seinen Recherchen über die Grundlagen der vertraglichen Beziehungen fest, dass das Erbbaurecht und das Vorkaufsrecht für die Favorit AG bereits seit dem Jahr 2002 erloschen sind. Damit gibt es kein rechtliches Hindernis für einen Erwerb des Heizwerkgrundstücks durch die Stadt. Die Nassauische Heimstätte macht einen Verkauf des Heizwerkgrundstücks an die Stadt abhängig von der Bestellung eines neuen Erbbaurechts für die Favorit AG.

Der Versuch, durch raschen Abschluss eines neuen Erbbauvertrages die alten Rechtsverhältnisse wieder herzustellen, wird durch die IG Fernwärme öffentlich gemacht und dadurch vereitelt.

2010

Die Favorit AG und die IG Fernwärme verständigen sich auf ein Stillhalteabkommen: Das Versorgungsunternehmen leitet bis auf weiteres keine rechtlichen Schritte ein, wenn Teilnehmer der IG Fernwärme für die gelieferte Wärme lediglich den durchschnittlichen Wettbewerbspreis bezahlen.

Die Stadt Schwalbach wird Mitglied der Interessengemeinschaft.

Der zuständige Hessische Staatsminister Posch lehnt die an ihn gerichtete Bitte der Interessengemeinschaft ab, sich für einen Verkauf des Heizwerkgrundstücks an die Stadt einzusetzen.

2011

Die Fernwärmepreise werden gesenkt. Sie liegen nun etwa 50 % über dem Wettbewerbspreis.

Ein bereits im Jahr 2009 angestoßenes Kartellverfahren soll nach Abschluss der „Sektorenuntersuchung“ nunmehr zur Einleitung eines Preismissbrauchsverfahrens führen.

2012

Die Favorit (nunmehr RWE ED) senkt erneut die Preise. Sie liegen noch etwa 30 % über dem Wettbewerbspreis.

Die RWE ED schlägt – wohl wegen des eingeleiteten Kartellverfahrens – den Wegfall des Anschluss- und Benutzungszwangs vor. Allerdings wäre dann mit einem „Ausstieg“ einer größeren Zahl von Fernwärmekunden und wegen schlechterer Rentabilität des Versorgungsnetzes mit höheren Preisen für die verbleibenden Fernwärmeabnehmer zu rechnen. Bei zwei Versammlungen spricht sich eine

deutliche Mehrheit der Teilnehmer der IG Fernwärme für eine solidarische Lösung und die Beibehaltung des Anschluss- und Benutzungszwangs aus.

Die IG Fernwärme wendet sich an den neuen Hessischen Staatsminister Rentsch mit der Bitte, sich für einen Verkauf des Heizwerkgrundstücks an die Stadt einzusetzen. Ohne Erfolg.

2013

Erneute Preissenkung für das zurückliegende Abrechnungsjahr. Die Schwalbacher Fernwärmekunden sollen wie in den Folgejahren durchschnittlich etwa 15 % bis 20 % mehr bezahlen als andere Fernwärmekunden in der Region.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt mit den Stimmen von CDU, GRÜNE und SPD, dass sich die Stadt um den Erwerb des Heizwerkgrundstücks bemühen und die damit verbundenen Verpflichtungen übernehmen soll. FDP und UL lehnen die EntschlieÙung ab.

2013

In letzter Instanz und damit rechtskräftig bestätigt der Bundesgerichtshof, dass das Erbbaurecht für die RWE schon seit dem Jahr 2002 erloschen ist. Eigentümerin auch der Kraftwerksanlagen ist damit die Nassauische Heimstätte. Der RWE steht eine Entschädigungsforderung für die Kraftwerksanlagen zu – allerdings erst bei einem eventuellen Wechsel des Betreibers.

2014

Die Zuständigkeit auf Landesebene wird neu geregelt. Zuständig für die Nassauische Heimstätte und Aufsichtsratsvorsitzende der Nassauischen Heimstätte ist nunmehr die neue Verbraucherministerin Priska Hinz. Sie sagt Unterstützung zu bei den Bemühungen um einen Erwerb des Heizwerkgrundstücks durch die Stadt.

2015

Personalwechsel an der Spitze der Nassauischen Heimstätte verzögern eine rasche Einigung. Am Jahresende zeichnet sich schließlich ab, dass einer Einigung über den Grundstückserwerb mit allen Rechten und Pflichten grundsätzlich nichts im Wege steht.

2016

Die Kommunalwahl führt zu veränderten Mehrheitsverhältnissen in der Schwalbacher Stadtverordnetenversammlung. Die SPD-/FDP-Koalition lehnt einen baldigen Erwerb des Heizwerkgrundstücks durch die Stadt ab.

2017

Das Kartellverfahren endet mit einem Teilerfolg. Die innogy se, Rechtsnachfolgerin der RWE ED, sagt verbindlich eine teilweise Rückerstattung überteuerter Fernwärmepreise für den Zeitraum 2010 bis 2012 zu. Die Rückerstattung soll in zwei Teilbeträgen mit den Jahresabrechnungen für 2016 und 2017 erfolgen. Weil die Gutschrift als Reduzierung des Grundpreises dargestellt wird, entsteht der falsche Eindruck, die Fernwärmepreise seien stark gesenkt worden.

Nach langwierigen Gesprächen bietet die innogy SE Teilnehmern der IG Fernwärme, die schon in den Jahren 2008 und 2009 Kunden der Favorit waren, zusätzliche Gutschriften und eine weitere Stundung bis zum Jahresende 2018 an.

2018

Der Preisabstand zu anderen Versorgungsunternehmen ist wieder um etwa 7 % angestiegen.

Wegen der Ablehnung des Grundstückserwerbs durch die Stadt hat sich die Nassauische Heimstätte zwischenzeitlich um eine Einigung mit der innogy bemüht. Bei einer erneuten Abstimmung in der Stadtverordnetenversammlung sprechen sich GRÜNE, CDU und SPD für einen Erwerb des Heizwerkgrundstücks, die FDP dagegen aus. Die Verhandlungen kommen nicht voran, weil die Mehrheitskoalition (SPD und FDP) es ablehnt, die mit dem Grundstück verbundenen Verpflichtungen zu übernehmen und die Veräußerin dementsprechend freizustellen. Ebenfalls abgelehnt wird eine Festlegung, dass der Versorgungsvertrag zum Jahr 2022 neu ausgeschrieben werden soll.

2019

Die Interessengemeinschaft Fernwärme und innogy einigen sich auf einen zusätzlichen Rückerstattungsbetrag für die Teilnehmer der IG Fernwärme, die schon in den Jahren 2008 und 2009 Fernwärme bezogen haben.

Die innogy wird von der eon übernommen. Die vertraglichen Beziehungen zu den Fernwärmekunden bleiben davon unberührt.

Die Heizkostenabrechnung für das Jahr 2018 wird immer weiter hinausgezögert und schließlich für Ende September zugesagt.